Niederschrift

über die 10. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am Donnerstag, den 01.12.2022, um 16:00 Uhr im Saal des Bürgerhauses, Schloßmacherstr. 4-5.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Jürgen Fischer	

Ausschussmitglieder

Felix Anders	für den AKTV bis TOP 1
Sigrid Augst-Hedderich	für den AKTV bis TOP 1
Ingrid Bartholomäus	für den AKTV bis TOP 1
Beate Bötte	für den AKTV
Ronald Britschock	für den AKTV bis TOP 1
Sebastian Dickoph	
Volker Ebbinghaus	
Hans Wilhelm Golombek	
Majid Haberkorn	für den AKTV bis TOP 1, Vertreter für Björn Opterweidt
Bernd-Eric Hoffmann	Vertreter für Armin Barg im AStU sowie für Alfred Baßler im AKTV
Erni Huckenbeck	für den AKTV bis TOP 1
Dennis Jaroschek	für den AKTV bis TOP 1
Nadine Konrad	ab 17:05 Uhr
Florian Langfeld	
Emilie Machholz	für den AKTV bis TOP 1
Elisabeth Pech-Büttner	für den AKTV bis TOP 1
Petra Pfeiffer	ab 16:30 Uhr
Rainer Röhlig	
Udo Schäfer	Vertreter für Beate Bötte
Sebastian Schlüter	für den AKTV bis TOP 1
Yannik Stank	für dem AKTV bis TOP 1
Gerd Uellenberg	
Antje von der Mühlen	

Mitglieder des Seniorenbeirates

Wolf-Rainer Winterhagen	

Beratende Mitglieder

Eberhard Wolff	für den AKTV, ab 16:15 Uhr

von der Verwaltung

Marc Bormann
Ulrich Dippel
Natalie Enneper
Jürgen Funke
Burkhard Klein
Sebastian Krone
Niklas Lajewski
Johannes Mans

Philip Preuß
Annika Schmidt
Flora Treiber
Holger Westhoff

Schriftführerin
Nicole Kind

Gäste

Niklas Rischbieter, Planersocietät	für TOP 1
Joachim Sterl, postwelters I partner	für TOP 2 und 3

es fehlt:

Ausschussmitglieder

Alfred Baßler	für den AKTV
Tim Fischer	
Johannes Herzig	für den AKTV
Thomas Lorenz	für den AKTV
Björn Opterweidt	
Monika Vadder	

Beratende Mitglieder
Klaus Haselhoff
Melanie Laudien-Ziel

Tagesordnung:

(Öffentlicher Teil)

1.	Vorstellung des integrierten Nahmobilitätskonzeptes für die Stadt Radevormwald	IV/0162/2022
2.	49. Änderung des Flächennutzungsplanes - Fläche "Am Kreuz"	
2.1.	49. Änderung des Flächennutzungsplanes - Fläche "Am Kreuz" - hier: Erläuterung der Planinhalte; Beschluss der frühzeitigen Unterrichtung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB sowie der benachbarten Gemeinden gem. § 2 (2) BauGB	BV/0335/2022
2.2.	Prüfauftrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur 49. Änderung des Flächennutzungsplanes - Fläche "Am Kreuz"	AN/0115/2022
3.	Bebauungsplan Nr. 110 - Fläche "Am Kreuz"	
3.1.	Bebauungsplan Nr. 110 - Fläche "Am Kreuz" - hier: Erläuterung der Planinhalte, Beschluss der frühzeitigen Unterrichtung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger	BV/0332/2022

	öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB und der Abstimmung mit den benachbarten Gemeinden gem. § 2 (2) BauGB	
3.2.	Prüfauftrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Bebauungsplan Nr. 110 - Fläche "Am Kreuz"	AN/0116/2022
4.	Bebauungsplan Nr. 111 - KiTa Wupper - hier: Bericht über die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit, Erläuterung der Planinhalte; Beschluss der öffentlichen Auslegung gem. § 3 (2) BauGB sowie der Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB und der Abstimmung mit den benachbarten Gemeinden gem. § 2 (2) BauGB	BV/0333/2022
5.	50. Änderung des Flächennutzungsplanes – Feuerwehrhaus Wellringrade – hier: Bericht über die öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BauGB sowie die Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB sowie der benachbarten Gemeinden gem. § 2 (2) BauGB; Feststellungsbeschluss	BV/0331/2022
6.	Bebauungsplan Nr. 112 – Feuerwehrhaus Wellringrade – hier: Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB sowie Auftrag, die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB sowie der benachbarten Gemeinden gem. § 2 (2) BauGB durchzuführen.	BV/0334/2022
7.	Haushalt 2023	BV/0320/2022
7.1.	Haushaltsbegleitantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.11.2022	AN/0114/2022
8.	Mitteilungen und Fragen	

Um 16 Uhr eröffnet der Vorsitzende des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt, Herr Fischer, die gemeinsame Sitzung des AStU und des Ausschusses für Kultur, Tourismus und Verkehr. Zunächst wird eine Gedenkminute für das verstorbene Rats- und Ausschussmitglied Armin Barg eingelegt.

Herr Fischer stellt nach § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er weist auf eine Änderung der Tagesordnung - einen Prüfauftrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu den Tagesordnungspunkten 2 und 3 – hin. Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht. Die Sitzung beginnt mit dem gemeinsamen Tagesordnungspunkt 1 zum Nahmobilitätskonzept und wird im Anschluss nur mit den Mitgliedern des AStU fortgesetzt.

(Öffentlicher Teil)

1. Vorstellung des integrierten Nahmobilitätskonzeptes für die Stadt Radevormwald **IV/0162/2022**

Herr Rischbieter, Mitarbeiter der Planersocietät in Dortmund, stellt das Integrierte Nahmobiltätskonzept für die Stadt Radevormwald anhand einer Power-Point-Präsentation (siehe Anlage 1) vor. Herr Rischbieter erläutert, dass der Fokus des Konzepts auf dem Fuß- und Radverkehr liege, jedoch finden auch die Schnittstellen zum ÖPNV Berücksichtigung. In seinem Vortrag geht er auf die Zielsetzung des Konzepts und die Routen-/Netzentwicklung und Bestandsanalyse ein. Zudem erläutert er, wie die Öffentlichkeit beteiligt wurde. Das Konzept beinhaltet Maßnahmenvorschläge, die beispielhaft vorgestellt werden. Zudem wird ein Vorschlag zur Priorisierung der Maßnahmen für den Fuß- und Radverkehr gegeben. Auf die Inhalte der Präsentation wird verwiesen.

Im Anschluss an den Vortrag bittet Herr Fischer darum, nicht die einzelnen Maßnahmen zu diskutieren, sondern lediglich Verständnisfragen zu klären. Die Maßnahmen bzw. deren Umsetzung werden zu gegebener Zeit im Ausschuss für Kultur, Tourismus und Verkehr oder im Bauausschuss besprochen.

Herr Hoffmann bedankt sich für die Arbeit der Planersocietät und stellt fest, dass die Stadt Radevormwald im Bereich Nahmobilität erheblichen Nachholbedarf habe. Er plädiert für eine möglichst schnelle Umsetzung des Konzepts und die Bereitstellung finanzieller und personeller Ressourcen. Bereits das Budget von 25.000 € für das nächste Jahr solle auf 100.000 € erhöht werden.

Auch Frau Pech-Büttner ist für die zügige Umsetzung des Konzepts und bestätigt die Schwachstellen, die hierdurch aufgezeigt wurden. Auf ihre Frage wie weiter vorgegangen werde, erklärt Herr Klein, dass die zukünftigen Beratungen vornehmlich im AKTV stattfinden würden. Möglicherweise werde auch die Politik Anträge zur Priorisierung der Maßnahmen stellen. Herr Dippel ergänzt, dass einige der angesprochenen Schwachstellen ohnehin bei der Umsetzung von bereits geplanten Tiefbaumaßnahmen umgesetzt würden, z. B. bei dem barrierefreien Umbau von 10 Bushaltestellen, der geplant sei. Frau Pech-Büttner bittet um eine Übersicht dieser Maßnahmen. *Anmerkung der Verwaltung: Eine Übersicht ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.*

Auf Bitte von Herrn Hoffmann sagt die Verwaltung zu, den Maßnahmenkatalog auch als Excel-Datei zur Verfügung zu stellen. *Anmerkung der Verwaltung: Die Excel-Datei wurde den Fraktionsvorsitzenden per E-Mail zugesandt.*

Ende der gemeinsamen Sitzung: 17:10 Uhr

2. 49. Änderung des Flächennutzungsplanes - Fläche "Am Kreuz"

Herr Fischer stellt Herrn Sterl vom Büro postwelters **I** partner vor, das mit der Erstellung der 49. Flächennutzungsplanänderung sowie des Bebauungsplans Nr. 110 für die Fläche „Am Kreuz“ beauftragt ist. Herr Sterl wird den Bebauungsplanentwurf mithilfe einer Power-Point-Präsentation vorstellen und im Anschluss an seinen Vortrag Fragen beantworten. Anschließend wird über die Beschlussentwürfe zu den Tagesordnungspunkten 2 und 3 abgestimmt. Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.

2.1. 49. Änderung des Flächennutzungsplanes - Fläche "Am Kreuz" – hier: Erläuterung der Planinhalte; Beschluss der frühzeitigen Unterrichtung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB sowie der benachbarten Gemeinden gem. § 2 (2) BauGB **BV/0335/2022**

Im Rahmen einer Power-Point-Präsentation wird der Vorentwurf des Bebauungsplans Nr. 110 vorgestellt, dessen Grundlage die 49. Flächennutzungsplanänderung ist. Es wird daher auf die Aufzeichnungen zur TOP 3.1 verwiesen.

Zu TOP 2.1 wird der nachfolgende Beschluss gefasst.

Beschluss:
Es wird beschlossen, die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belang gem. § 4 (1) BauGB sowie der benachbarten Gemeinden gem. § 2 (2) BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2.2. Prüfauftrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur 49. Änderung des Flächennutzungsplanes - Fläche "Am Kreuz" **AN/0115/2022**

Auf die Ausführungen zu TOP 3.2 wird verwiesen.

3. Bebauungsplan Nr. 110 - Fläche "Am Kreuz"

3.1. Bebauungsplan Nr. 110 - Fläche "Am Kreuz" – hier: Erläuterung der Planinhalte, Beschluss der frühzeitigen Unterrichtung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB und der Abstimmung mit den benachbarten Gemeinden gem. § 2 (2) BauGB **BV/0332/2022**

Herr Sterl stellt zunächst im Rahmen einer Präsentation die städtebauliche Konzeption für die Fläche „Am Kreuz“ vor, die dem Bebauungsplanentwurf zugrunde liegt. Anschließend erläutert er die Planinhalte des Vorentwurfs des Bebauungsplans Nr. 110 und gibt nähere

Erläuterungen zu den geplanten Festsetzungen. Darüber hinaus stellt Herr Sterl die bereits vorliegenden Ergebnisse der Fachgutachten und Fachuntersuchungen vor, die für die Bereiche Schallschutz, Leistungsfähigkeit Verkehr, Konzept Entwässerung/Erschließung, vertiefende Artenschutzuntersuchung und Umweltbericht erstellt werden. Abschließend gibt er einen Überblick über das weitere Vorgehen sowie die zeitliche Schiene des Bebauungsplanverfahrens. Die im Rahmen der anschließenden Diskussion aufkommenden Fragen werden beantwortet.

Herr Hoffmann möchte wissen, ob die Lage der Gebäude bereits final festgelegt wurde. Dies ist nicht der Fall. Auf seine Frage, ob auch Photovoltaikanlagen möglich sind, erläutert Herr Sterl, dass diese durch den Bebauungsplan nicht ausgeschlossen werden. Explizit festgesetzt werden soll jedoch eine Dachbegründung.

Die Festsetzung von Flachdächern hält Herr Dickoph für das Anbringen von Photovoltaikanlagen nicht für ideal. Er möchte wissen, bis wieviel Grad eine Dachneigung auch bei Flachdächern möglich ist. Herr Krone gibt an, dass die Dachneigung bei höchstens 10 Grad liegen darf. Dann sei aber für die Anbringung von Photovoltaikanlagen eine Aufständerung notwendig, ergänzt Herr Sterl.

Über den Beschlussentwurf wird nach der Diskussion zu den Tagesordnungspunkten 2.2 und 3.2 wie folgt abgestimmt:

Beschluss:
Es wird beschlossen, die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB sowie der benachbarten Gemeinden gem. § 2 (2) BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3.2. Prüfauftrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Bebauungsplan Nr. 110 - Fläche "Am Kreuz" AN/0116/2022

Herr Bornewasser erläutert den Prüfauftrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Mit dem Prüfauftrag werde an das durch den Oberbergischen Kreis formulierte Erfordernis einer neuen Rettungswache an einem anderen Standort angeknüpft. Seine Fraktion sei der Auffassung, dass mit der Schaffung des neuen Baugebiets „Am Kreuz“ eine einmalige Gelegenheit bestehe, die Möglichkeit der Umsiedlung der Rettungswache und ggf. auch der Feuerwache zu ermöglichen. Daher werde um Prüfung gebeten, ob es möglich sei, dieses Vorhaben in die Planung aufzunehmen.

Herr Klein legt dar, dass diese Prüfung und eine mögliche Umplanung sehr komplex seien. Diese würden nicht nur Auswirkungen auf die Bauleitplanverfahren haben, sondern auch auf die Planungen des Hoch- und Tiefbaus. Neben den Planunterlagen müssten auch die schalltechnische Untersuchung sowie das Verkehrsgutachten angepasst werden. Zudem müsse der Landesbetrieb Straßenbau NRW sowie der Oberbergische Kreis eingebunden werden. Auch auf Kreisebene müsse ein politscher Beschluss zum Bau einer neuen Rettungswache gefasst werden.

Durch Herrn Dippel wird ergänzt, dass die Erschließungsplanung eigentlich vor Weihnachten ausgeschrieben werden sollte. Dies sei aber nur möglich, wenn die endgültige Planung feststehe. Aus Sicht des Tiefbaus würde sich die Zeitschiene dadurch um drei bis vier Monate verlängern.

Aus Sicht des Gebäudemanagements gibt Frau Enneper zu bedenken, dass bereits ein erstes Leistungsverzeichnis für die Planerleistungen erstellt worden sei. Wenn zu dem Bildungszentrum und dem Jugendfreizeitplatz neben oder anstelle der Wohnbebauung noch eine Feuer- und/oder Rettungswache hinzukomme, müsse der Schallschutz sowie die Verkehrssituation neu bewertet werden. Dies bedeute auch für das Gebäudemanagement eine zeitliche Verzögerung von drei bis vier Monaten.

Herr Hoffmann, als Mitglied des Bauausschusses des Oberbergischen Kreises, weist darauf hin, dass eine neue Rettungswache für Radevormwald seitens des Kreises weder für das Jahr 2023 noch 2024 geplant sei. Zudem sei er der Auffassung, dass der Neubau zusätzlich zur Schule und zur Kindertagesstätte nicht finanzierbar sei. Die UWG spreche sich daher gegen den Prüfauftrag und für eine stadtnahe Wohnbebauung aus.

Die CDU unterstütze den Antrag erklärt Herr Uellenberg. Er sehe keine Alternative zu dem Grundstück Am Kreuz und halte daher eine Zeitverzögerung für vertretbar.

Herr Bornewasser stellt klar, dass es zunächst nur darum gehe, die Möglichkeit der Unterbringung einer Feuer- und Rettungswache in dem Bebauungsplangebiet zu prüfen, um eine Fläche hierfür zu reservieren. Eine sofortige Verwirklichung eines Neubaus sei nicht das Ansinnen.

Die SPD, so Herr Golombek, wolle die nun eingeleiteten Planverfahren unverändert weiterverfolgen und schließe sich der UWG hinsichtlich der Schaffung des stadtnahen Wohnens – ggf. auch für den sozialen Wohnungsbau – an.

Auf die Frage von Herrn Röhlig, ob die eingeleiteten Verfahren auch neben dem Prüfauftrag weiter verfolgt werden können, gibt Herr Klein an, dass dies möglich sei. Hierfür müssten in der heutigen Sitzung die vorgeschlagenen Beschlüsse gefasst werden.

Herr Sterl ergänzt, dass der jetzige Vorentwurf sich von dem Entwurf zur Offenlage unterscheiden dürfe. Für eine Feuer- und Rettungswache sei die Festsetzung einer Gemeinbedarfsfläche oder eines Sondergebietes möglich.

Aus Herrn Bornwassers Sicht solle die Fläche für Schule und Kindertagesstätte nicht angetastet werden, sondern lediglich der Bereich, der für die Wohnbebauung vorgesehen sei.

Herr Mans betont, dass es bei Beschluss des Prüfauftrags in jedem Fall zu einer Verzögerung kommen werde. Er fügt hinzu, dass dem Oberbergischen Kreise seitens der Verwaltung bereits Grundstücke für die Verwirklichung einer neuen Rettungswache vorgeschlagen worden seien. Der Kreis jedoch hierauf nicht eingegangen sei und erst ab 2025 in die Planung am Standort Radevormwald einsteigen wolle.

Auf Nachfrage von Herrn Fischer, ob denn bereits Ausschreibungen erfolgen könnten, legt Herr Dippel dar, dass für die Ausschreibung feststehen müsse, was genau geplant werden solle. Die Entwurfsplanung der Erschließungsstraßen und ein grobes Entwässerungskonzept müssten erst feststehen, um darauf aufbauend den Bebauungsplan erstellen zu können.

Herr Dickoph möchte noch einmal genau wissen, wieviel Verzögerung in Kauf genommen werden müssten und welche Alternativgrundstücke zur Verfügung stehen. Frau Enneper konkretisiert, dass eine Verzögerung der Planung von mindestens drei bis vier Monaten zu erwarten sei. Wenn der Neubau jedoch nicht bis August 2026 fertiggestellt sei, so sei mit einem Umzug der KGS erst im darauffolgenden Schuljahr zu rechnen. Dieser müsse aus organisatorischen Gründen vor Schuljahresbeginn erfolgen. Sie weist darauf hin, dass

aufgrund des Schallschutzes möglicherweise die Anordnung der Gebäude komplett neu erfolgen müsse.

Nach Auffassung von Herrn Hoffmann wird die Schule dringend gebraucht, so dass er eine Verzögerung des Verfahrens ablehne. Herr Schäfer stimmt ihm zu. Ebenso Frau Ebbinghaus, da eine zeitgleiche Errichtung von Bildungshaus und Feuer- und Rettungswache nicht finanzierbar sei.

Auf Anregung von Herrn Fischer wird die Entscheidung über den Prüfauftrag in den Haupt- und Finanzausschuss, der am 06.12.2022 tagt, verschoben, damit die Fraktionen noch einmal intern beraten können.

4.	**Bebauungsplan Nr. 111 - KiTa Wupper –** **<u>hier</u>: Bericht über die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit, Erläuterung der Planinhalte; Beschluss der öffentlichen Auslegung gem. § 3 (2) BauGB sowie der Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB und der Abstimmung mit den benachbarten Gemeinden gem. § 2 (2) BauGB**	**BV/0333/2022**

Zu Tagesordnungspunkt 4 sind keine Wortmeldungen zu verzeichnen. Der nachfolgende Beschluss wird gefasst.

<u>Beschluss:</u>
Es wird beschlossen, den Bebauungsplanentwurf Nr. 111 – KiTa Wupper gemäß § 3 (2) BauGB öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB sowie der benachbarten Gemeinden gemäß § 2 (2) BauGB einzuholen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5.	**50. Änderung des Flächennutzungsplanes – Feuerwehrhaus Wellringrade –** **<u>hier</u>: Bericht über die öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BauGB sowie die Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB sowie der benachbarten Gemeinden gem. § 2 (2) BauGB; Feststellungsbeschluss**	**BV/0331/2022**

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Wortmeldungen.

<u>Beschluss:</u>

Die Feststellung der 50. Änderung des Flächennutzungsplanes - Feuerwehrhaus Wellringrade - wird beschlossen und deren Begründung einschließlich Umweltbericht zugestimmt.

6. Bebauungsplan Nr. 112 – Feuerwehrhaus Wellringrade – hier: Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB sowie Auftrag, die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB sowie der benachbarten Gemeinden gem. § 2 (2) BauGB durchzuführen **BV/0334/2022**

Zu Tagesordnungspunkt 6 gibt es ebenfalls keine Wortmeldungen. Über den Beschlussentwurf wird wie folgt abgestimmt:

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 112 – Feuerwehrhaus Wellringrade – und beauftragt die Verwaltung, die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB sowie der benachbarten Gemeinden gem. § 2 (2) BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Haushalt 2023 **BV/0320/2022**

Zunächst wird über den Haushaltsbegleitantrag unter TOP 7.1 beraten und abgestimmt. Im Anschluss wird der nachfolgende Beschluss gefasst:

Beschluss:
Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt empfiehlt dem Rat der Stadt die Annahme der in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses fallenden Haushaltsansätze.

Abstimmungsergebnis:	Ja-Stimmen	14 (5 x CDU, 3 x SPD, 1 x AfD, 1 x UWG, 1 x RUA, 2 x Bündnis90/Die Grünen, 1 x FDP)
	Nein-Stimmen	keine
	Enthaltungen	1 x AL

7.1. Haushaltsbegleitantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.11.2022 **AN/0114/2022**

Herr Bornwasser erläutert den Antrag seiner Fraktion. Er nimmt Bezug auf das integrierte Nahmobilitätskonzept, in dem auf das Fehlen von Verweilmöglichkeiten im Innenstadtbereich hingewiesen wird. Solche könnten mit den versetzbaren Begrünungselementen gut kombiniert werden. Diese müssten nur bei trockener Witterung ein wenig gewässert werden.

Die FDP begrüße zwar eine zusätzliche Begrünung, halte die Kosten jedoch für zu hoch, so Herr Röhlig.

Herr Hoffmann befürwortet eher Elemente wie die Stadtterrassen, die im Sommer getestet wurden, und auch Raum für eine Bepflanzung boten. Auch befürchtet er Vandalismus. Er regt an zu prüfen, ein Exemplar der mobilen Gärten auch einmal getestet werden können und man dann die Bürger entscheiden lasse könne.

Für Frau Ebbinghaus steht der ökologische Nutzen nicht im Verhältnis zu den Kosten. Sie spricht sich für ein Begrünungskonzept für die Innenstadt aus. Herr Wigge schließt sich der Meinung an und fürchtet zudem hohe Erhaltungskosten.

Herr Golombek erklärt, dass die SPD den Antrag unterstützen werde.

Beschluss:
Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt sowie der Rat beschließen die Bereitstellung von 30.000,00 Euro zum Kauf von zwei **mobilen vertikalen Gärten** Modell T oder vergleichbar. (siehe www.mobiga.info)

Abstimmungsergebnis:	Ja-Stimmen	10 (5 x CDU, 3 x SPD, 2 x Bündnis 90/Die Grünen)
	Nein-Stimmen	5 (1 x AfD, 1 x RUA, , 1 x AL, 1 x FPD, 1 x UWG)
	Enthaltungen	keine

8. Mitteilungen und Fragen

Herr Hoffmann möchte wissen, wann neue Möbel auf der wiederhergerichteten Fläche vor dem Wülfingmuseum aufgestellt werden. Da Frau Enneper die Sitzung bereits verlassen hat, werden die Informationen über die Niederschrift gegeben. *Anmerkung der Verwaltung: Das Gebäudemanagement teilt mit, dass es bereits auf der Suche nach Fachfirmen für die Möblierung ist. Die Preisspanne liege zwischen 20.000 EUR bis 50.000 EUR. Die Aufstellung des Mobiliars solle im Frühjahr 2023 erfolgen. Es sollen wie bisher fest verankerte Sitzmöbel aufgestellt werden (entsprechend der damaligen Förderung für Wülfing).*

Frau Ebbinghaus berichtet, dass am Kesselhaus auf dem Wülfinggelände ein Ausgang zur Wülfingstraße geschaffen worden sei. Es sei neu gepflastert und die Leitplanken entfernt worden, was sie für gefährlich halte. Herr Klein sagt zu, dass die Verwaltung hierzu über die Niederschrift informieren werde. *Anmerkung der Verwaltung: An dem Gebäude wurden durch den Eigentümer u. a. Abdichtungsarbeiten durchgeführt. In diesem Zuge musste die Leitplanke entfernt werden. Des Weiteren wurde der Zugang zum Gebäude (wegen der Trafostation) gepflastert, um die Zugänglichkeit für evtl. Wartungsarbeiten zu verbessern. Die Leitplanken werden bis auf ein kleines Teilstück wieder hergestellt. Das kleine Teilstück wird nur mit Pollern abgesichert. Die Vorgehensweise ist mit der Straßenverkehrsabteilung, sowie dem Tiefbau abgestimmt.*

Ende des nicht öffentlichen Teils der Sitzung: 18:25 Uhr

Jürgen Fischer
Vorsitzender

Nicole Kind
Schriftführerin

gesehen: Bürgermeister/Erster Beigeordneter

Anlagen:

1. Präsentation zu TOP 1 – Integriertes Nahmobilitätskonzept
2. Übersicht des Tiefbauamtes zu geplanten Baumaßnahmen
3. Präsentation zu TOP 2 und 3 – Baugebiet „Am Kreuz“